

Niederschrift zur 36. öffentlichen Sitzung des Beirates Vegesack am Montag, den 15. Juni 2026 um 18:30 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Gerhard-Rohlf-Straße 62, 28757 Bremen

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 22 Uhr

Vorsitz: Gunnar Sgolik

Schriftführung: Sabrina KC

TOP 1 Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten von Bürger:innen

1.1. Bürgerantrag Herr Thran – Spielplatz Ludwig-Jahn-Straße

1.2. Bürgerantrag Herr Staab – Änderung Vorfahrtsregelung Borchshöher Straße

1.3. Bürgerantrag Herr Sadid – Mülleimer am Spielplatz „Vegesacker Krabbe“ am Vegesacker Hafen

TOP 2 Bericht zum Fortgang der Bauarbeiten im Speicherquartier und Zustand der Hafenanlagen

Hierzu eingeladen – angefragt-:

Vertreter:innen von 2P Projektentwicklung GmbH

Vertreter:innen des Planungsbüros Horeis + Blatt Partnerschaft mbB

Vertreter:innen der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung

TOP 3 Fernwärmeausbau in Vegesack

Hierzu eingeladen:

Vertreter:innen von enercity AG

Vertreter:innen vom Amt für Straßen und Verkehr

TOP 4 Evaluation Grünstation Martinsheide

Hierzu eingeladen:

Vertreter:innen der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

TOP 5 Anfrage Erweiterung Stadtteilbudget für Beirätekonferenz vom Beirat Neustadt / Woltmershausen

TOP 6 Anträge und Anfragen des Beirates / Jugendbeirates

6.1. Gemeinsamer Antrag von der SPD, CDU, B90/Die Grünen und Ingo Schiphorst
- „Dokumentation und Beseitigung der Schäden durch Glasfaserverlegung“

- 6.2. Gemeinsamer Antrag von der SPD, CDU, B90/Die Grünen und Ingo Schiphorst
- „Änderung der Geschäftsordnung des Beirates Vegesack“
- 6.3. Gemeinsamer Antrag von der SPD, CDU, B90/Die Grünen und Ingo Schiphorst
- „Zuverlässiges Breitbandinternet für das Stadthaus Vegesack“
- 6.4. Gemeinsamer Antrag von der SPD, CDU, B90/Die Grünen und Ingo Schiphorst
– „Bebauungsplanverfahren 1628 (Furthstraße)“
- 6.5. Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag von der SPD, CDU, B90/ Die Grünen und
Ingo Schiphorst – „Zustandsbericht für das Haupt- und Nebenstraßennetz“

TOP 7 Mitteilungen des Ortsamtsleiters

TOP 8 Mitteilungen der Beiratssprecherin

TOP 9 Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Anwesende Mitglieder (kursiv= digital)

Holger Bischoff	Sabine Rosenbaum
Heike Sprehe	<i>Norbert Arnold (ab 18:51 Uhr)</i>
Nicole Poker	Michael Alexander
Thomas Pörschke	Andreas Kruse
Maximilian Neumeyer	Ines Schwarz
Eyfer Tunc	Ingo Schiphorst

Abwesende Mitglieder (kursiv= entschuldigt)

Fethi Kandaz	<i>Natalie Lorke</i>
<i>Heiko Werner</i>	<i>Gabriele Jäckel</i>

Weitere Gäste (kursiv= digital)

<i>Herr Zeitz</i>	<i>2P Projektentwicklung GmbH</i>
Herr Blatt	Horeis + Blatt Partnerschaft mbb Garten- und Landschaftsarchitekten
<i>Herr Zech</i>	<i>Referent im Ref. 10 Sondervermögen Gewerbeflächen, Controlling, Berichtswesen, GIS bei der Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation</i>
<i>Frau Werner</i>	<i>Referatsleitung Ref. 41 Wärmewende bei der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft</i>

<i>Frau Deutsch</i>	<i>Enercity Contracting GmbH</i>
<i>Herr Strathoff</i>	<i>Enercity Contracting GmbH</i>
<i>Frau Witte</i>	<i>DBS (Die Bremer Stadtreinigung)</i>
<i>Herr Makowe</i>	<i>DBS (Die Bremer Stadtreinigung)</i>

Herr Sgolik eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Zur Protokollerstellung wird die Sitzung in Ton & Bild aufgezeichnet und im Anschluss wieder gelöscht. Die Verhaltensweisen für die hybride Sitzung werden verlesen. Es wird daher auf die gültige Geschäftsordnung des Beirates verwiesen, insbesondere auf § 4 Abs. 14: Für die Sitzungsleitung, die Gremienmitglieder und für die Öffentlichkeit muss jederzeit durch Bildübertragung, namentliche Anzeige oder sonstige geeignete Darstellung erkennbar sein, welche Gremienmitglieder von extern zugeschaltet sind und an der Sitzung teilnehmen. Diese Gremienmitglieder sind verpflichtet, sich mit Klarnamen anzumelden.

Frau Sprehe bittet um Änderung der Tagesordnung. Die Punkte 5 + 6 sollen ohne Aussprache vorweg behandelt werden. Des Weiteren soll der Punkt 6.2. auf die nächste Sitzung verlegt werden.

Herr Schiphorst gibt den Hinweis, dass TOP 5 ein Antrag und keine Anfrage ist.

Herr Neumeyer gibt den Hinweis, dass die CDU-Fraktion über TOP 5 Aussprachebedarf hat.

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert: TOP 6 wird zuerst behandelt, danach TOP 5. Nach der Behandlung von TOP 5 beginnt die reguläre Befassung in geplanter Reihenfolge ab TOP 1.

TOP 6 Anträge und Anfragen des Beirates / Jugendbeirates

TOP 6 wird exklusive 6.2. nach vorne gestellt und ohne Aussprache einstimmig positiv abgestimmt.

TOP 5 Antrag Erweiterung Stadtteilbudget für Beirätekonzferenz vom Beirat Neustadt / Woltmershausen

Herr Neumeyer teilt mit, dass die CDU-Fraktion den Antrag nicht unterstützen werden. Ihrer Meinung nach ist eine Trennung zwischen Stadtteilbudget und Globalmitteln sinnvoll und es sind auch ausreichend Infrastrukturmaßnahmen vorhanden.

Sowohl Herr Schiphorst wie auch Frau Sprehe für die SPD-Fraktion würden den Antrag unterstützen, da zum einen ausreichend Mittel aus dem Stadtteilbudget vorhanden sind und zum anderen es somit noch mehr Bürgerinnen und Bürgern zugutekommt.

Der Antrag zur Öffnungsklausel für die Umwidmung von Mitteln aus Verkehrsmaßnahmen wird seitens Herr Pörschke kritisch bewertet. Zwar kann er nachvollziehen, dass Beiräte ungenutzte Mittel anderweitig verwenden möchten, jedoch befürchtet er, dass eine solche Klausel dazu führen könnte, dass notwendige Ausgaben für Spielgeräte künftig von der Verwaltung abgelehnt werden, mit dem Argument, es stünden noch Mittel für Verkehrsmaßnahmen zur Verfügung. Aus diesem Grund würde die B90/ Die Grünen den Antrag ablehnen und die Position der CDU-Fraktion unterstützt, wobei auf die Notwendigkeit von Rücklagen für teure Maßnahmen wie Ampelanlagen hingewiesen wird.

Herr Schiphorst beantragt das Ende der Debatte.

Diese wird mit vier Zustimmungen und sechs Ablehnungen **mehrheitlich** abgelehnt.

Frau Sprehe erklärt, dass das Stadtteilbudget mehrere hunderttausend Euro umfasst und bisher kaum ausgegeben wurde, insbesondere nicht für größere Projekte außer einer Ampelanlage. Es wird vorgeschlagen, dieses Budget für die Installation von Sport- und Fitnessgeräten für Erwachsene, etwa in der Fußgängerzone, zu verwenden. Solche Investitionen wären mit geringen Kosten von etwa 2.000,- Euro pro Gerät möglich und würden einen nachhaltigen Nutzen für die Bevölkerung des Stadtteils bringen, während die Mittel für Straßeninstandsetzungen separat bereitgestellt werden.

Herr Schiphorst gibt zu bedenken, dass das Stadtteilbudget verfällt und zukünftig stark gekürzt werden könnte, wenn es nicht ausgegeben wird. Daher plädiert er nochmals zur Zustimmung des Antrages.

Sowohl Herr Neumeyer, wie auch Herr Kruse, teilen die Sorge, dass Mittel aus dem Stadtbudget zugunsten populärer Projekte wie Spielplätze umgeschichtet werden könnten,

weshalb sie eine Trennung der Finanzierungsquellen beibehalten und eine Zusammenlegung ablehnen. Gleichzeitig wird betont, dass bereits verschiedene verkehrsbezogene Maßnahmen wie Ampelanlagen und Baumnasen mit entsprechenden Mitteln umgesetzt wurden und weitere Projekte, etwa zur Schulwegsicherung, geplant sind. Die vorhandenen Gelder seien daher zweckgebunden und sinnvoll eingesetzt worden.

Der Antrag wird mit fünf Zustimmungen und sechs Ablehnungen **mehrheitlich** abgelehnt.

TOP 1 Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten von Bürger:innen

- 1.1. Bürgerantrag Herr Thran – Spielplatz Ludwig-Jahn-Straße
- 1.2. Bürgerantrag Herr Staab – Änderung Vorfahrtsregelung Borchshöher Straße
- 1.3. Bürgerantrag Herr Sadid – Mülleimer am Spielplatz „Vegesacker Krabbe“ am Vegesacker Hafen

Herr Gawelczyk beantragt in der Sitzung das Anbringen von Piktogrammen zur Kennzeichnung der verkehrsberuhigten Zone am Wilmannsberg Quartier.

Es erfolgt ausschließlich eine Antragaufzählung. Eine weitere Beratung folgt im Sprecher-/Koordinierungsausschuss.

TOP 2 Bericht zum Fortgang der Bauarbeiten im Speicherquartier und Zustand der Hafenanlagen

Herr Sgolik leitet ein, dass der Beirat sich mit der aktuellen Entwicklung und den Bauarbeiten im Speicherquartier beschäftigt, wobei insbesondere die geplante Treppenanlage an einer Ecksituation thematisiert wird, die besondere Herausforderungen bei der Umsetzung mit sich bringt. Herr Zeitz und Herr Blatt sind als Referenten anwesend, um dieses konkrete Thema zu erläutern.

Herr Zeitz weist zunächst auf erhebliche Defizite in der Hafeninfrastruktur hin, insbesondere auf unklare Tragfähigkeiten und fehlende Bestandsunterlagen, was zu hohem Sanierungsbedarf, Kosten- und Genehmigungsrisiken führt. Diese Problematik muss bei der Planung neuer Bauvorhaben wie der Brücke berücksichtigt werden. Trotz dieser Herausforderungen verläuft die Entwicklung der Gebäude im Hafen planmäßig.

Nils Blatt erläutert mit der Anlage 1 die Planung der Freianlagen im Speicherquartier, insbesondere die Herausforderung, einen barrierefreien Übergang an der Brückenkopfstelle zu schaffen. Aufgrund der neuen Hochwasserschutzanlage, die die statische Kapazität der Hafenspundwand vollständig beansprucht, sind umfangreiche Bohrpfahlgründungen erforderlich, um die geplanten Treppenanlagen zu realisieren. Dies führt zu erheblichen Investitions- und Bauproblemen, weshalb nur der seitliche barrierefreie Zugang ohne Bohrpfähle umgesetzt werden soll. Die Treppe bei Baufeld 4 wird realisiert, während die Umsetzung der Treppe bei Baufeld 2 aufgrund noch offener Abstimmungen und Fördermittelvorgaben unklar bleibt. Die Hochwasserschutzanlage und die Freianlagen müssen autark gebaut werden, was eine gemeinsame Planung erschwert. Die ursprüngliche Treppenanlage bestand aus einem Treppenaufgang und Sitzgruppen, die nun zu einer großzügigen Treppenanlage umgestaltet wurde. Die Aufenthaltsbereiche mit Bäumen auf beiden Seiten wurden beibehalten, jedoch auf etwa ein Drittel ihrer ursprünglichen Größe reduziert, da die anderen zwei Drittel nicht realisierbar sind.

Das Gremium kritisiert, dass die Problematik der Spundwand und der notwendigen Sanierungsmaßnahmen erst spät thematisiert wurde, obwohl sie bereits länger bekannt sein dürfte. Es wird bedauert, dass die geplante Treppenanlage und Sitzmöglichkeiten im Hafenbereich nicht im ursprünglich vorgesehenen Umfang realisiert werden. Der Hafen wird als Museumshafen geführt und erhält daher keine Bundesmittel für umfassende Ertüchtigungen, weshalb die Priorität auf der Sicherung der Spundwand und der Infrastruktur liegen sollte, da sie die Grundlage für weitere Maßnahmen wie die Treppe, Brückensanierung und Hafenertüchtigung bildet. Die behindertengerechte Erreichbarkeit des Speichergebiets soll trotz der Einschränkungen gewährleistet bleiben.

Herr Pörschke betont die Bedeutung der öffentlichen Beiratssitzung zur Diskussion technischer Probleme, die zuvor in einer umfangreichen E-Mail von Herrn Zeitz erläutert wurden. Er kritisiert die Abwesenheit wichtiger Behördenvertreter, obwohl das Problem seit längerem bekannt ist und bereits Planungsanpassungen erforderte. Ein zentraler Kritikpunkt war die frühere Abschottung des alten Haven Höövts, die im Gegensatz zur lebendigen Hafenanbindung in Warnemünde stand. Dank der Zusammenarbeit mit Herrn Zeitz und dem Planungsbüro werden nun technische Lösungen zur Öffnung des Hafens und zur Verbesserung der Außenanlagen verfolgt, wobei unklar bleibt, wann diese Maßnahmen umgesetzt werden. Abschließend fordert Herr Pörschke eine Fortsetzung des Dialogs und hält die heutige Sitzung für einen wichtigen ersten öffentlichen Einblick in die Problematik.

Herr Blatt erläutert, dass die genaue Entstehungszeit der Spundwand unklar ist und ist von den Statik-Fachplanern zu klären. Die bauliche Gestaltung orientiert sich stark am Hafen, insbesondere die Sitztreppenanlage, die Platz für bis zu drei Schulklassen bietet und den Blick zum Hafen und zur Brücke ermöglicht. Die baulichen Maßnahmen sind bis an die Grenzen des Möglichen ausgereizt, da eine Erweiterung sofort neue Bohrpfähle erfordern würde. Trotz der Einschränkungen wird das Projekt als Gewinn für den Ort gesehen, unter anderem durch die bereits genehmigte Bepflanzung. Kritisch wird die Vorgabe des Deichverbands bewertet, die Hochwasserschutzanlage autark zu bauen, was statische Synergien verhindert und zu Schwachstellen führt. Aufgrund dieser ungelösten technischen Fragen kann die TÖP (Beteiligung Träger öffentlicher Belange) noch nicht abgeschlossen werden. Das Ziel ist es, dies bis Ende des Jahres zu erreichen, womit das Projekt dann im fünften Jahr wäre.

Herr Zeitz ergänzt, dass die aktuellen baulichen Planungen im Hafenbereich sehen weder den Bau einer neuen Brücke noch anderer Bauwerke vor, da die bestehende Struktur solche Maßnahmen nicht zulässt. Ursprünglich war eine schnelle Umsetzung im Rahmen der Brückengespräche angedacht, doch technische Probleme und enge Kapazitäten sowie statische Einschränkungen verhindern derzeit eine Sanierung oder Verschönerung des Hafens. Diese Herausforderungen liegen außerhalb des direkten Einflussbereichs der Verantwortlichen.

Frau Sprehe möchte wissen, ob die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, welche insbesondere die Seitentreppe betrifft, getrennt behandelt werden kann, um den Bau der größeren Treppe voranzutreiben und so die Erschließung des Bereichs rechtzeitig zu ermöglichen. Zudem fragt sie an, ob bei einer möglichen positiven Neubewertung oder Erneuerung der Spundwände durch ein wirtschaftliches Gutachten die Treppenanlage im ursprünglich geplanten Umfang weitergebaut wird.

Herr Blatt stellt klar, dass die Treppenanlage erst nach Fertigstellung der Hochwasserschutzanlage errichtet werden kann, da der Zeitpunkt vom Deichverband bestimmt wird. Die Planung der Treppenanlage berücksichtigt jedoch, dass durch minimale Rückbaumaßnahmen eine spätere Realisierung der großen Treppenanlage weiterhin möglich bleibt, sodass keine baulichen Einschränkungen vorliegen.

Die Hochwasserschutzanlage befindet sich bereits im Planfeststellungsverfahren des Deichverbands, und die Werks-/ Ausführungsplanung durch INROS LACKNER SE ist in Bearbeitung. Temporäre Schutzmaßnahmen sind aufgrund der Anforderungen an Sturmflutsicherheit problematisch, weshalb Materialien wie Holz oder Stahltreppen nicht

geeignet sind, da sie sich an der Hochwasserschutzanlage verankern müssten. Das geplante Vorgehen gilt als der beste und schnellste Weg, insbesondere nach Fertigstellung der Anlage.

Abschließend unterbreitet Herr Sgolik folgenden Beschlussvorschlag:

- 1. Der Beirat Vegesack bedankt sich bei Herrn Zeitz und Herrn Blatt für die gemachten Ausführungen recht herzlich und kritisiert gleichzeitig, dass die übrigen eingeladenen Ressortvertreter:innen nicht zur Sitzung anwesend waren.**
- 2. Der Beirat Vegesack fordert die Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation sowie den Senat der Freien Hansestadt Bremen auf, die aufgezeigten Themen und Probleme im Rahmen der LukiFG-Mittel zu berücksichtigen und zu priorisieren.**
- 3. Der Beirat Vegesack fordert die Senatorin Umwelt, Klima und Wissenschaft sowie den bremischen Deichverband rechts der Weser auf, die Erneuerung der Spundwände zu priorisieren und einen verbindlichen Fahrplan vorzustellen. Weiter müssen dringend Synergieeffekte nutzbar gemacht werden und formelle Abgrenzungen abgebaut werden, um nicht zwei autarke Bauwerke, die nacheinander errichtet werden müssen und im Zweifel sich im Zweifel durchstoßen, zu schaffen. Es ist unzumutbar, solche Mehraufwände und Mehrkosten in Kauf zu nehmen, nur weil es unnachvollziehbare Rechtsvorschriften vorschreiben.**

Der Beirat stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

TOP 3 Fernwärmeausbau in Vegesack

Herr Sgolik begrüßt die Referent:innen und Vertreter der Interessengemeinschaft Lindenstraße zur Thematik.

Herr Strathoff von Enercity Contracting GmbH berichtet, dass die Fernwärmeplanung sich derzeit in der Entwurfsphase befindet, wobei verschiedene Trassenvarianten geprüft werden, insbesondere eine Führung durch die Lindenstraße in Richtung des Stadtzentrums von Vegesack. Vermessungsteams waren bereits vor Ort, um Grundlagen für die Planung zu schaffen, jedoch werden Bauarbeiten erst nach Abschluss finaler Verträge und Abnahmevereinbarungen beginnen. Die Planungen orientieren sich an der kommunalen Wärmeplanung und sollen bis zur nächsten Beiratssitzung im August konkretisiert werden, wobei derzeit noch keine verbindlichen Bauabschnitte oder Zeitpläne vorliegen. Ein Austausch mit der Interessengemeinschaft und anderen Akteuren findet statt, um Zugänglichkeit und Lösungen für betroffene Betriebe sicherzustellen.

Die Strategie sieht vor das Netz zunächst entlang der Großkunden, den sogenannten Ankerkunden, aufzubauen, um die Finanzierung zu sichern. Anschließend ist eine Nachverdichtung geplant, bei der auch angrenzende Gebiete erschlossen werden sollen. Zur Information und Gewinnung weiterer Anschlussnehmer ist eine Kampagne vorgesehen, bei der Anlieger direkt angeschrieben oder mit Flyern versorgt werden, um die geplanten Maßnahmen transparent zu machen und potenzielle Kunden zu erreichen.

Herr Kruse äußert Bedenken hinsichtlich der geplanten Leitungsverlegung in sensiblen Bereichen wie der Hermann-Fortmann-Straße und der Lindenstraße, insbesondere im Hinblick auf den Schutz von Baumbestand und Baumwurzeln in der Lindenstraße sowie die Vermeidung von Beeinträchtigungen der Hauptverkehrsachsen. Er betont die Notwendigkeit, den Anlieferungs- und Kundenfluss für Gewerbetreibende sicherzustellen, um deren Geschäftsbetrieb nicht zu gefährden. Zudem fordert er eine klare zeitliche Planung der Bauabschnitte und die Gewährleistung, dass die Einsatzstelle der Polizei weiterhin uneingeschränkt funktionsfähig bleibt.

Herr Strathoff erklärt, dass die BSAG plant, mögliche Vollsperrungen nicht auszuschließen, wobei bereits Gespräche dazu laufen. Die Arbeiten erfolgen abschnittsweise und flexibel, um Verkehrsbeeinträchtigungen möglichst gering zu halten und unterschiedliche Interessen bestmöglich zu berücksichtigen.

Nach abschließender Diskussion unterbreitet Herr Sgolik folgenden Beschlussvorschlag:

- 1. Der Beirat Vegesack bedankt sich bei Enercity und Frau Werner aus dem Referat Wärmewende der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft für die Ausführungen.**
- 2. Der Beirat beschließt eine erneute Befassung in einer Sitzung nach der Sommerpause und fordert für diese Sitzung verlässliche Planungshorizonte und Umsetzungszeiträume.**
- 3. Die Planungen haben Rücksicht auf die Interessen der anliegenden Gewerbetreibenden und Veranstaltungen zu nehmen, wie zum Beispiel den Vegesacker Markt und den Winterspaß.**
- 4. Der Beirat fordert Enercity auf, alle relevanten Informationen zu den weiteren Planungen frühzeitig an alle Partizipanten, sprich Anliegende, Gewerbetreibende und Multiplikatoren, wie zum Beispiel das Vegesack Marketing und den Beirat Vegesack, herauszugeben und geeignet zu veröffentlichen. Weiterhin sollen alle**

denkbaren Abnehmer kontaktiert werden und die Informationen, wie man einen Anschluss erhalten könnte, geeignet veröffentlicht werden.

Der Beirat stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

TOP 4 Evaluation Grünstation Martinsheide

Der Beirat thematisiert erneut die Evaluation der Grünstation Martinsheide, nachdem er auf die angekündigte, inzwischen teilweise abgeschlossene Evaluation der Bremer Stadtreinigung (DBS) gewartet hat. Aufgrund anhaltender Beschwerden im Stadtteil wird das Thema nun aktiv aufgegriffen. Zur Diskussion sind Katrin Witte, Abteilungsleitung Abfallwirtschaft, und Herr Markove, Referatsleitung Betrieb Recyclingstation bei der DBS anwesend.

Frau Witte erklärt, dass die Betriebsstabilität der Recycling- und Grünstationen in Bremen, insbesondere der Grünstation Aumund, weiterhin problematisch sind, was sich in häufigen kurzfristigen Schließungen zeigt. Trotz ausreichender Personalzahlen gemäß einer externen Analyse des Instituts INFA GmbH, erschweren komplexe Dienstvereinbarungen, starre Personalzuordnungen und langwierige Mitbestimmungsprozesse eine flexible Personaldisposition. Die Grünstation Aumund verzeichnet seit ihrer Umstellung im Herbst 2022 auf ein reduziertes Annahmespektrum und eingeschränkte Öffnungszeiten einen Rückgang des Anteils am Gesamtgrünabfallaufkommen von etwa 6 auf 4 bis 4,5 Prozent, was zu einer Verlagerung der Abfallmengen auf andere Stationen wie Burglesum führt. Um die Betriebsstabilität zu verbessern, wird derzeit ein gemeinsames Projekt mit den Personalvertretungen durchgeführt, das alternative Öffnungs- und Arbeitszeitmodelle entwickelt, die flexiblere Personalplanung ermöglichen und attraktivere Öffnungszeiten für Bürger:innen bieten sollen, ohne zusätzliche Personalkosten zu verursachen. Erste Ergebnisse sollen im Herbst 2026 den Gremien vorgestellt werden. Frau Witte stellt bereits in Aussicht, dass für Aumund eine mögliche Ausweitung der Öffnungszeiten angestrebt wird, auch wenn dies mit einem möglichen Schließtag im Gesamtsystem einhergehen könnte.

Herr Neumeyer betont, dass verlässliche Öffnungszeiten der Grünstation in Aumund wichtiger sind als eine Ausweitung auf fünf Tage, da Bürger:innen mehrfach vor verschlossenen Türen standen. Die Flexibilität der Mitarbeiter und Transparenz bei Schließungen werden als notwendig erachtet. Zudem wird eine umfassende Evaluation gefordert, die nicht nur die Funktion der Grünstation und Verlagerungen der Abfallmengen betrachtet, sondern auch die Auswirkungen der Abschaffung anderer Entsorgungsleistungen, insbesondere im Hinblick auf die zunehmende Vermüllung im Stadtteil und die eingeschränkten Entsorgungsmöglichkeiten für Bürger ohne Auto.

Frau Witte erläutert, dass das Projekt darauf abzielt, verlässlichere Öffnungszeiten der Grünstationen zu gewährleisten, um die Bürger:innen besser zu informieren. Aktuell gibt es Probleme mit der zeitnahen Veröffentlichung von Öffnungszeiten auf der Website, was zu Unannehmlichkeiten führt. Da nicht alle Nutzer online informiert sind, wird über alternative Kommunikationswege wie Radio nachgedacht. Zudem wurde seit dem 1. März die Annahme von gelben Säcken und Papier an den Grünstationen wieder eingeführt, was auf Nachfrage der Kunden basiert, jedoch noch geringe Mengen aufweist. Zur Verbesserung der Kommunikation sind digitale Laufbänder geplant, die zentral gesteuert werden und aktuelle Informationen in Echtzeit an den Stationen anzeigen sollen.

Die Kundenzahlen verteilen sich über die Woche mit Hochfrequenztagen an Freitagen, Samstagen und Brückentagen, während Montag noch relativ stark ist und Dienstag bis Donnerstag ruhiger verlaufen. Der Tagesverlauf zeigt eine erhöhte Frequentierung früh morgens und zur Mittagszeit. Aktuelle Kundenzählungen liegen nicht für alle Stationen vor, die Einschätzungen basieren teilweise auf Erfahrungswerten der Mitarbeitenden. Im Sommer wurde zusätzliches Personal eingesetzt, um die Urlaubszeit abzudecken, und im Herbst wird die Betriebsstabilität nach der Eröffnung der neuen Station Osterholz überprüft, um gegebenenfalls den Personalbedarf anzupassen und stabile Öffnungszeiten sicherzustellen.

Herr Kruse äußert sich zur aktuellen Situation der Grünstation, die nun auch Gelbe Säcke, Metall und Kartonagen annimmt, was angesichts des Verpackungsmülls durch Amazon-Konsumenten begrüßenswert ist. Er kritisiert jedoch die eingeschränkten Öffnungszeiten, die für Berufstätige problematisch sind, und schlägt vor, die Station lieber an einzelnen Tagen komplett zu öffnen. Zudem fordert er die Wiedereinführung der Annahme kleinerer Bauschuttmengen, um den Bedürfnissen eines Stadtteils mit vielen Umbauten gerecht zu werden. Die Einführung von Kartenzahlung könnte die Einnahmen steigern und Missbrauch verhindern. Er spricht sich für eine flexiblere Personalplanung mit sogenannten Springern aus, um Schließungen zu vermeiden, und betont die Bedeutung eines sauberen Stadtteils durch eine funktionierende Sperrmüllentsorgung. Weiterhin regt er mehrsprachige Informationsflyer für Neubürger an, um die korrekte Müllentsorgung zu fördern, und bemängelt die fehlende Barrierefreiheit der Recyclinghöfe, die für Rollstuhlfahrer problematisch ist.

Der Kompostverkauf wird laut Frau Witte derzeit nicht wieder eingeführt, da der Fokus zunächst auf der ordnungsgemäßen Erfüllung der Kernaufgaben als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger liegt. Bargeldlose Zahlungssysteme könnten Missbrauch nur teilweise verhindern, weshalb weiterhin das Vier-Augen-Prinzip bei Geldtransaktionen gilt. Im Bereich

Sperrmüll und Bauabfälle wurde die Erfassung Bremen-Nord erweitert, wobei insbesondere die steigenden Anforderungen an die Annahme von Bauschutt aufgrund möglicher Schadstoffbelastungen, etwa durch asbesthaltige Kleber, eine Herausforderung darstellen. Für Bremen Nord ist ab August eine neue Schadstoffannahmestelle in Blumenthal geplant, deren Umsetzung sich aufgrund von Genehmigungsproblemen und Personalengpässen verzögerte. Zur besseren Erreichbarkeit von mehrsprachigen Informationen wird die Betreuung von Großwohnanlagen mit hoher Fluktuation intensiviert. Die Annahme größerer Grünabfallmengen ist aufgrund begrenzter Kapazitäten auf einen Kubikmeter beschränkt, um einen reibungslosen Containerwechsel zu gewährleisten. Die Herstellung von Barrierefreiheit an den Stationen stellt eine komplexe bauliche Herausforderung dar, da Rampen und spezielle Geräte wie Rollpacker erforderlich sind, um den sicheren und effizienten Betrieb zu gewährleisten.

Frau Schwarz begrüßt, dass die Station trotz ungewöhnlicher Öffnungszeiten weiterhin als wichtig erachtet wird, äußert jedoch Bedenken hinsichtlich der Personalsituation, insbesondere dass auf der Grünstation ein:e Mitarbeiter:in allein arbeitet, was aus Arbeitsschutzsicht problematisch sei. Sie kritisiert die bestehende Personalregelung als historisch gewachsenes, nicht zeitgemäßes Konstrukt, das in Zusammenarbeit mit dem Personalrat als Dienstvereinbarung entstanden ist, und betont den Wunsch nach Anpassungen, um die Situation sicherer und moderner zu gestalten.

Herr Sgolik unterbreitet folgenden Beschlussvorschlag:

- 1. Der Beirat Vegesack bedankt sich bei Frau Witte und Herrn Makowe für die gesamten Ausführungen und die Spiegelung der Evaluationsergebnisse.**
- 2. Der Beirat fordert prioritär verlässliche Öffnungszeiten für die Grünstation Aumund. Weiter muss ein Höchstmaß an Transparenz und Information eingerichtet werden, falls Ausfälle und Schließungen unvermeidlich sind. Ergänzend hierzu sind die Öffnungszeiten auf die berufstätige Bevölkerung anzupassen.**
- 3. Der Beirat beschließt eine erneute Befassung in der Novembersitzung dieses Jahres.**

Der Beirat stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

TOP 7 Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Herr Sgolik teilt mit, dass im Verkehrsausschuss ein Umlaufbeschluss zur Sicherstellung der Stromversorgung am Aumunder Marktplatz gefasst wurde, da das Angebot des Dienstleisters

die ursprünglich geplante Summe überschritt. Wesernetz arbeitet bereits an der Ertüchtigung des entsprechenden Häuschens, der Abrisszeitpunkt ist jedoch noch unklar.

Zudem fand ein Austausch mit Vertretern aus Marzabotto, darunter Valter Cardi und der ehemalige Bürgermeister Andrea de Maria, statt, unterstützt von der Deutsch-Italienischen Gesellschaft und der Internationalen Friedensschule.

Abschließend weist er auf das Festival Maritim hin, dass die deutsch-polnische Freundschaft feiert; hierzu wurden die polnischen Generalkonsuln aus Danzig eingeladen, die Teilnahme wird über Vegesack Marketing koordiniert.

TOP 8 Mitteilungen der Beiratssprecherin/ des Beiratssprechers

Die nächste Bürgersprechstunden findet am 07.07.2026 statt.

Herr Kruse berichtet abschließend kurz von der stattgefundenen Beirätekonferenz.

TOP 9 Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

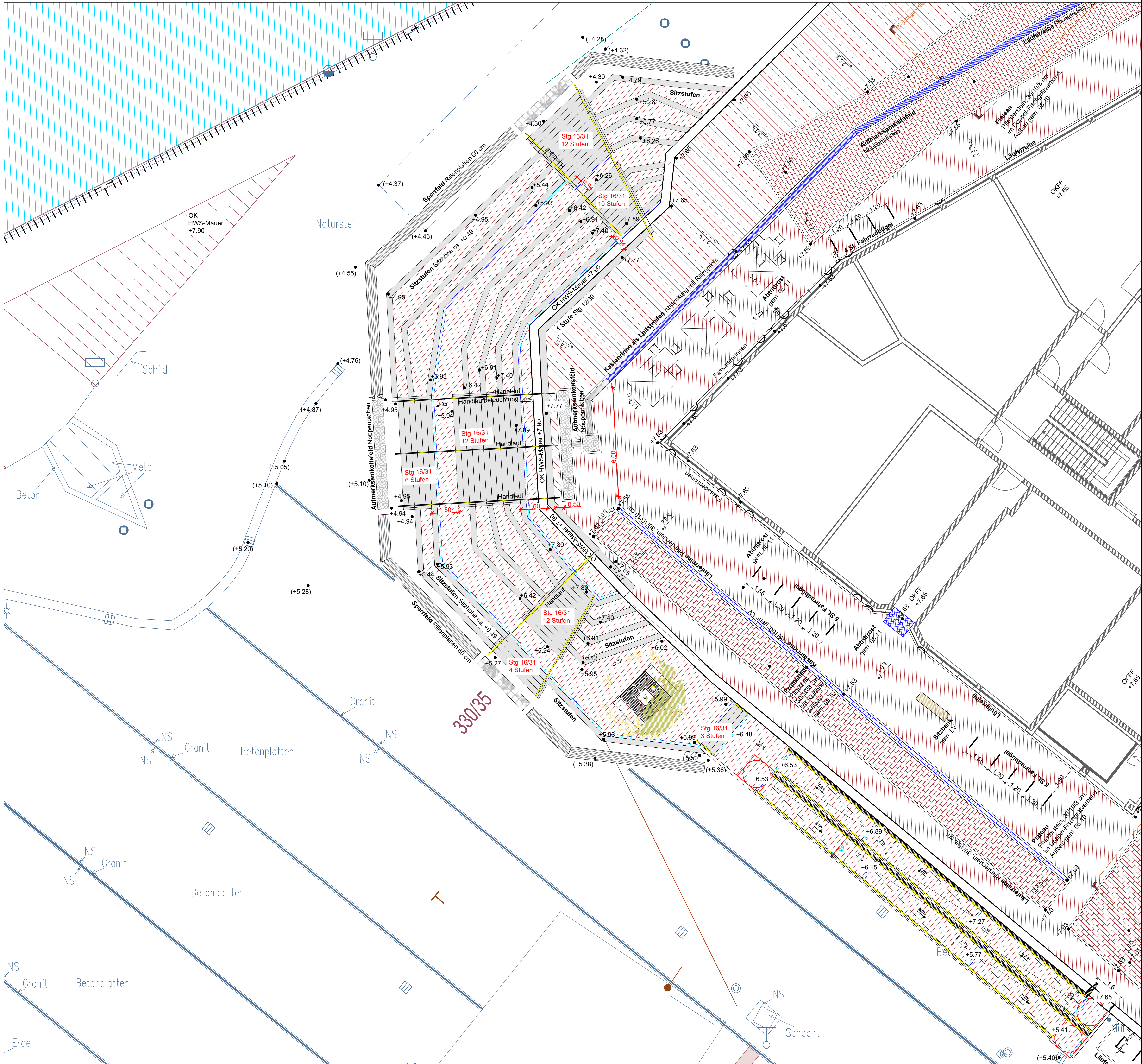
- ohne Wortmeldung -

Ende der Sitzung: 22:00 Uhr

Gunnar Sgolik
(Vorsitz)

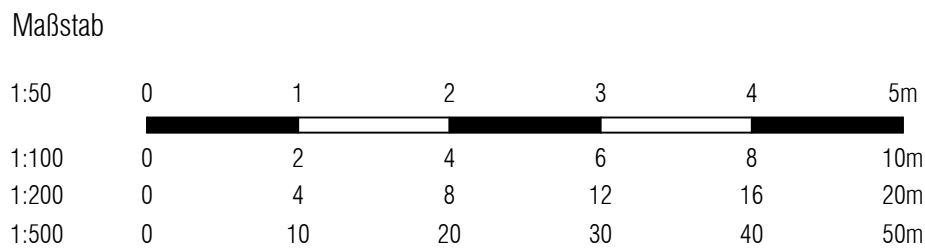
Heike Sprehe
(Beiratssprecherin)

Sabrina KC
(Schriftführung)



VORABZUG

Hochbau und Fremdplanungen nachrichtlich übernommen. Planstand Hochbau: Mai, Juni + Dez. 2023
Verkehrsplanung -Planung_BPR: 21.02.2024
Planstand B-Plan: 27.04.2020
Vermesser Stand: 17.01.2022



Index	Datum	Gez.	Änderungen

Bauvorhaben

SPEICHERQUARTIER VEGESACK

N

Bauherr

2P Projektentwicklung GmbH
Das Quartier Q 6 G 71 Q7, 24 I
D-48161 Mannheim
Telefon: +49 (0) 621 84 55 550
Mobil: +49 (0) 151 40 711 744
Fax: +49 (0) 621 84 55 100 1

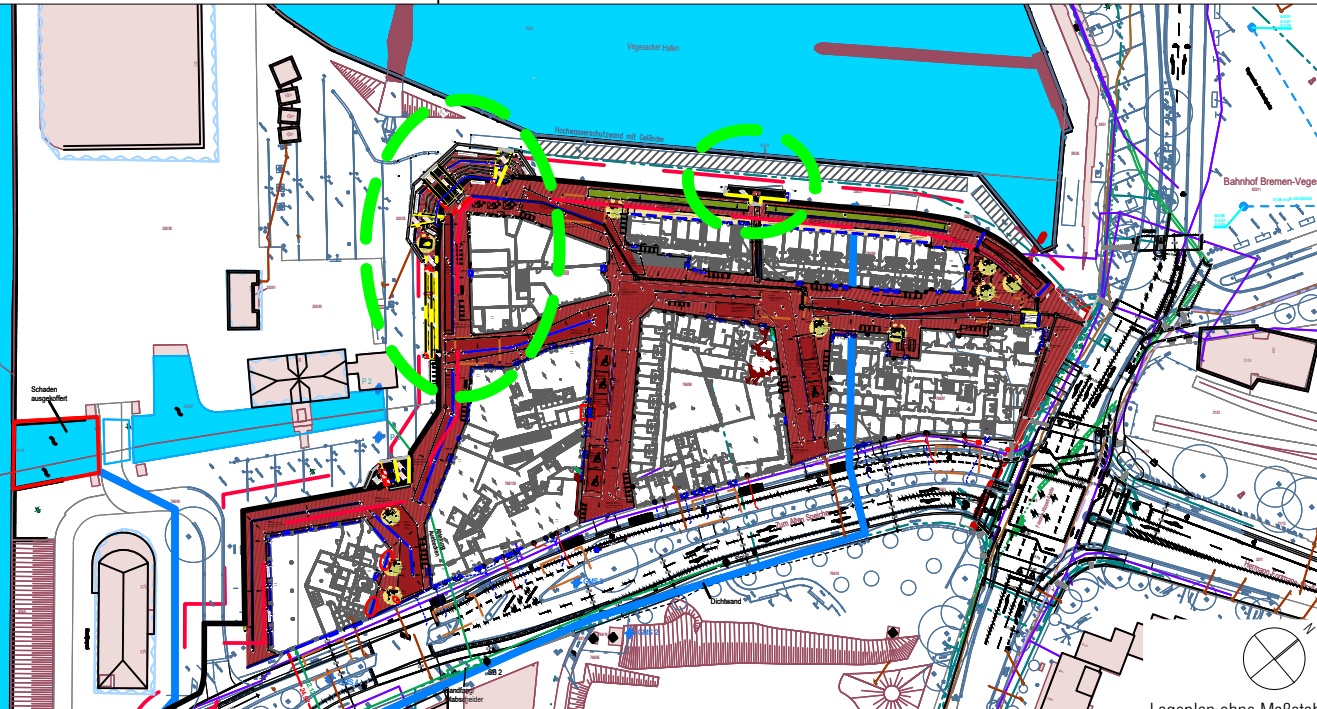
Verkehrsplanung

BPR Dipl.-Ing. Bernd F. Künne & Partner
Beratende Ingenieure mbB
Osterstraße 36/39
28195 Bremen
Tel: 0421 335020
E-mail: info@bpr-bremen.de

Planverfasser /
Landschaftsarchitekt

HOREIS + BLATT Partnerschaft mbB
Garten- und Landschaftsarchitekten BDLA
Sonneberger Straße 13
28329 Bremen
Tel: 0421/430849-0
Fax: 0421/430849-22
E-mail: mail@hbl-b.de

HOREIS + BLATT PARTNERSCHAFT MB B
GARTEN- UND LANDSCHAFTSARCHITEKTEN BDLA



Planinhalt	Freianlagen - Treppen-/Rampenanlagen BF 4	Plannummer	U-FE-DT-XX-0003-00
Leistungsphase	Entwurf	Datum	16.01.2025
Maßstab	M 1:100	Gezeichnet/ Geprüft	ARI, SCH
		Blattgröße	DIN A1